

Das „grüne Wachstum“ und seine Kritiker

Wir brauchen radikale Lösungen

Die Green Economy mag zwar keine Wachstumswunder auslösen, doch sie trägt zu einer stabilen und risikoärmeren Wirtschaftsweise bei. Sie wird von Marktliberalen, seitens der Entwicklungsländer und von Neo-Fundamentalisten kritisiert – doch wenig überzeugend.

Von Martin Jänicke

Dass es ökologische Grenzen des Wachstums gibt und dass ein ressourcenschonendes, wissensintensives Produzieren auch der Umwelt nützt, wissen wir seit 40 Jahren (Jänicke 2012). Aber erst jetzt hat diese triviale Erkenntnis die globalen Wirtschaftseliten erreicht. Dafür steht eine breite Literatur zum grünen Wachstum mit gewichtigen Beiträgen auch von etablierten Wirtschaftsinstitutionen. Genannt seien die „Green Growth Strategy“ der OECD (2009, 2011), der „Green Economy Report“ von der UNEP (2011), zwei Studien der Weltbank zum gleichen Thema (World Bank 2011, 2012), die EU-Strategie „Europa 2020“ (EU Commission 2010) und schließlich das Nachhaltigkeitsprogramm „Towards a Sustainable Asia“, das 26 asiatische Akademien der Wissenschaften vorgelegt haben (AASA 2011). In den Studien werden nunmehr ökologische Grenzen des Produzierens anerkannt und ihre Überschreitung als Wachstumsrisiko bezeichnet. Nicht nur das sektorale Wachstum der Öko-Industrie wird thematisiert, sondern ein integraler Ansatz des Mainstreamings ökologischer Leitlinien. Vielfach geht es auch nicht mehr primär um den Zuwachs, sondern um die Qualität und den Wohlfahrtseffekt des Produzierens. Die Weltbank hat dafür die Formel „Inclusive Green Growth“ gefunden.

Dass all dies nur konzeptionelle Änderungen sind und die Realität der angeführten Institutionen eine eigene Darstellung erfordern würde, muss nicht betont werden.

Ein grünes Wirtschaftswunder vielleicht – aber kein Wachstumswunder

Im Lichte der genannten Studien ergibt sich der Wachstumsbeitrag des Umwelt- und Ressourcenschutzes wie folgt:

- Steigerung der Ressourcenproduktivität: In der Regel fördert dies Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Die Beratungsfirma McKinsey spricht hier von einer „Resource Revolution“ und kommt zu dem Ergebnis, dass 70 Prozent möglicher

Maßnahmen zur Steigerung der Ressourcenproduktivität eine interne Rendite von mehr als zehn Prozent haben (McKinsey Global Institute 2011).

- Staatlich induzierte Investitionen mit potenzieller Refinanzierung über Effizienzgewinne: Den Studien geht es um die Co-Benefits einer grünen Investitionsstrategie. In Ländern mit chronischer Investitionsschwäche – darunter Deutschland – hat dies erhebliche Bedeutung (Jaeger et al. 2011).
- Ein forciertes Innovationstempo: Der hohe Innovationsdruck, insbesondere im Umwelt- und Klimaschutz, resultiert aus Erfordernissen des Ressourcenschutzes (Jänicke 2012). Und natürlich ergeben sich hier auch Wachstumseffekte.
- Die Dynamik grüner Zukunftsmärkte: Da die Umwelt- und Ressourcenprobleme der traditionellen, ressourcenintensiven Industrieproduktion global sind, sind es auch die Märkte für innovative Lösungen dieser Probleme. Das dynamische Wachstum der Märkte für grüne Technologien entspricht diesem Problemdruck. Die Nachfrage wird aber auch durch entsprechende Präferenzen der aufsteigenden globalen Mittelklasse verstärkt. Hinzu kommt ein regulativer Wettbewerb zwischen Pionierländern, der die Märkte für umwelt- und ressourcenschonende Technologien fördert.
- Die Vermeidung wachstumsschädlicher Umweltschäden: Die Vermeidung von Wachstumseinbußen, die sich durch Schadenseffekte beim Naturkapital ergeben, haben einen indirekten Wachstumseffekt.
- Beschäftigungseffekte: Nach Darstellung der OECD haben die umweltintensiven Industrien im Branchenvergleich eine besonders geringe Beschäftigungswirkung. 80 Prozent der Kohlendioxidemissionen der OECD-Länder (ohne die Landwirtschaft) entsprechen nur sechs Prozent der Beschäftigten (OECD 2011). Branchen mit geringerem Umwelt- und Ressourcenverbrauch tragen hingegen eher zur Beschäftigung bei. Dies gilt besonders dann, wenn Investitionen in die Ressourceneffizienz Vorrang gegenüber der Steigerung der Arbeitsproduktivität haben. Das Instrument hierfür ist die ökologische Steuerreform.

Dennoch kein Wachstumswunder: Die neoliberale Wachstumsphilosophie – mit ihrer Hoffnung auf eine „Entfesselung der Märkte“ durch Deregulierung, Entstaatlichung und Privatisierung dürfte gescheitert sein. So auch die Lissabon-Strategie der EU. Das gibt der grünen Wachstumsstrategie eine zusätzliche Bedeutung. Ein hohes BIP-Wachstum ist nun aber auch hier nicht zu erwarten. Denn mit dem Boom im grünen Bereich geht die Schrumpfung umwelt- und ressourcenintensiver Bereiche einher. Auch die ökologischen Negativeffekte des bishe-

rigen Wirtschaftens dürften das Wachstum verlangsamen. Die UNEP hat in der erwähnten Studie ein globales grünes Wachstum errechnet, das nur leicht über dem – sinkenden – Wachstum des Trendszenarios liegt. Der Vorteil der Green Economy liegt nicht in der Höhe der Wachstumsrate, sondern in der stabileren, risikoärmeren und insgesamt nachhaltigeren Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung.

Zur Kritik des grünen Wachstums

Das massive konzeptionelle Angebot etablierter Institutionen zum grünen Wachstum hat naturgemäß kritische Reaktionen ausgelöst. Sie beziehen sich teils auf immanente Schwachpunkte. Andere Kritiken sind grundsätzlich. Nur sie sollen hier kurz skizziert und kommentiert werden. Es geht zum einen um die dezidiert wachstumsfreundliche, zum anderen um die dezidiert wachstumsfeindliche Kritik. Da letztere auch das grüne Wachstum negiert und innerhalb des politisch grünen Spektrums eine neue Polarisierung bewirkt, soll sie hier als „neo-fundamentalistisch“ bezeichnet werden.

Kritik der Wachstumsfraktion

- Von konservativer und neoliberaler Seite (prononciert in der Wachstums-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages) wird die – zu starke – Rolle des Staates und die zentrale Bedeutung politisch gesteuerter grüner Investitionen kritisiert. Dem ist entgegenzuhalten, dass der notwendige radikale technische Wandel nun einmal über „normale“ Marktprozesse nicht oder nicht ausreichend zu haben ist. Wenig überzeugend ist es, wenn ausgerechnet in Deutschland vor „einseitigen Vorreiterrollen“ gewarnt wird.
- Green Growth wird auch von Entwicklungsländern kritisiert. Sie betonen die Notwendigkeit von Wachstum zur Armutsbekämpfung und sehen in der grünen Wachstumsstrategie der entwickelten Länder Handelshemmnisse und eine Zementierung von Ungleichheit und Abhängigkeit im globalen Kontext. Im Gegensatz insbesondere zu China sind dies Länder, die Probleme beim Export in Länder mit umweltpolitisch regulierten Märkten haben. Vermutlich gibt es dazu keine Alternative als eine Flucht nach vorn, wie sie die Nachhaltigkeitsstrategie der 26 asiatischen Akademien vorschlägt (AASA 2011). Dabei ist allerdings zu bedenken, dass „saubere“ Technologien aus Industrieländern in Bezug auf Humankapital oder Infrastruktur zumeist äußerst anspruchsvoll sind. Deshalb ist es kein Wunder, dass der Wettlauf auf dem Markt der sauberen Technologien ein Wettlauf zwischen OECD- und entwickelten Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien ist. Die ärmeren Länder fehlen meist. Hier ginge es dann um Finanzierungsmodelle und Joint Ventures ebenso wie um Innovationen, die einen geringeren Bedarf an Humankapital und Infrastruktur haben (zum Beispiel Off-Grid-Lösungen).
- Von rechts wie links wird darauf verwiesen, dass Erfolgsfälle einer Verbesserung bei Umwelt- und Klimaindikatoren

der Verlagerung in ökologisch weniger anspruchsvolle Länder geschuldet sei. Daran ist richtig, dass sich die Produktion in entwickelten Ländern oft durch effizientere Energie- oder Rohstoffnutzung verbessert hat, der Konsum hingegen oft durch einen mehr oder weniger großen ökologischen Rucksack belastet ist (Weltbank 2012). Bei dieser Bilanz wird allerdings übersehen, dass der Export umwelt- und klimafreundlicher Technologien einen Spillover-Effekt hat, der als Entlastung bilanziert werden müsste. Das gilt auch für den Lead-Markt-Effekt, wenn Märkte entwickelter Länder die Lernkosten für grüne Technologien aufbringen, die für deren weltweite Ausbreitung notwendig sind. Und schließlich haben auch anspruchsvolle Umweltschutzstandards für den EU-Markt immer wieder die Folge, dass Anbieter von außerhalb sich der grünen regulativen Dominanz der EU anpassen müssen, was sich in aller Regel auch in dem Exportland auswirkt.

Die neo-fundamentalistische Kritik

- Zweifel an der Wirksamkeit von Effizienzstrategien haben in der Kritik am grünen Wachstum ein erhebliches Gewicht (Jackson 2011). Die Unzufriedenheit über mangelnde Erfolge auf diesem Gebiet ist berechtigt. Der Megatrend Umweltinnovation hat bislang nicht dazu geführt, dass zum Beispiel der Megatrend Kohleverstromung gebrochen wurde. Im Gegensatz zu den boomenden erneuerbaren Energien war bisher die Energieeffizienz und die effiziente Ressourcennutzung generell ein schwieriges Thema. Effizienzstrategien haben bisher darunter gelitten, dass die Rohstoffpreise im 20. Jahrhundert zu niedrig waren und über 100 Jahre lang auch noch sanken. Das hat sich in diesem Jahrhundert dramatisch geändert. Deshalb dürften sich die Bedingungen von Effizienzstrategien verbessern. Ursache des bisherigen Misserfolgs war auch ein unzulängliches Instrumentarium, zu dem es sehr wohl Alternativen gibt. Dass Großbritannien seine Treibhausgase seit 1990 um 28 Prozent reduzieren konnte (2011) hat – neben der Substitution von Kohle durch Gas – vor allem mit dem Instrumentarium zu tun. Ein Beispiel ist die vorgegebene Energieeinsparung durch die Energiewirtschaft, die diese mit flexiblen Mitteln auch beim Verbraucher umsetzen kann. Das Potenzial von Effizienzstrategien ist jedenfalls keineswegs ausgereizt.
- Die bisherigen Probleme der Effizienzstrategie sind kein Grund, in der Suffizienz die strategische Alternative zu sehen. Das ist kein neues Thema. Mit keiner Strategie wurde seit der ersten Ölkrise so wenig Erfolg erzielt, wie mit dem Appell an die Vernunft des Einzelnen (wie wir ihn schon bei Dennis L. Meadows finden). Das ist auch deshalb tragisch, weil Genügsamkeit ein ethisch absolut richtiges Postulat ist. Die hohe Plausibilität dieser Norm darf jedoch nicht mit ihrer Erfolgsfähigkeit als Strategie verwechselt werden. Dass dies immer wieder geschieht, ist eine unpolitische Sicht auf eine Problematik, deren Lösung ohne staatliche Regelungen undenkbar ist. Nichts ist so langsam wie der kulturelle Wandel, auf den die Suffizienzstrategen setzen. Es mag →

nicht ausreichen, aber es ist immer noch leichter, die wichtigsten G20-Regierungen politisch unter Druck zu setzen, als sieben Milliarden Menschen von den Vorzügen eines ökologisch guten Lebens zu überzeugen. Das ist kein Argument gegen den notwendigen Wertewandel und die aktive Rolle der Bürger(innen) als Konsument(inn)en, Wähler(innen) und aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft. Es ist ein Argument dagegen, dass vorrangig auf einen Wertewandel gesetzt wird, der Zeit benötigt, die nicht mehr zur Verfügung steht.

- Kern der neo-fundamentalistischen Kritik ist die Ablehnung jeder Form von Wachstum (für viele: Paech 2012). Das entspricht einer verbreiteten Stimmungslage. Ökologisch ist das jedoch eine eher harmlose Forderung. Denn kein Wachstum, also „Nullwachstum“, bedeutet lediglich die Umwandlung von Rohstoffen in Produkte, Abfälle und Schadstoffe auf dem zu hohen Niveau des Vorjahres. Worum es geht, sind radikale Schrumpfungen – Degrowth – bei den ressourcenintensiven Verfahren und Produkten. Und ein entsprechendes Wachstum bei den umwelt- und ressourcenschonenden Gütern und Dienstleistungen.

Politisch ist ein Nullwachstum des BIP eine riskante Forderung, weil einer stagnierenden Volkswirtschaft, aus der das Kapital abwandert, wegen der entstehenden sozialen Probleme die Akzeptanz für den nötigen Wandel fehlt. Eine Wachstumskritik, die eine Verschlechterung der sozialen Verhältnisse in Kauf nimmt, ist potenziell „politisches Abenteuerium“ (Ott 2011, vgl. Hey 2012). Natürlich ist kaum ersichtlich, warum reiche Gesellschaften eine fortgesetzte Wohlstandsmehrung benötigen. Es gibt nur einen einzigen Grund: Das ist die Eigenlogik kapitalistischer Marktwirtschaften, deren Wachstumszwang man nicht einfach wegdenken kann. Es ist einzig diese Systemfrage, die gegen einen vollständigen Wachstumsstopp beim BIP spricht. Gäbe es eine erkennbare Systemalternative, gäbe es soziale Träger zur Herstellung dieser Alternative und hätte man Zeit genug für einen Systemwandel, so ließe sich über ein Nullwachstum des BIP leichter diskutieren. Nichts von dem kann jedoch als gegeben gelten.

Aber vielleicht fördert ja ein Übergang zum nachhaltigen Wirtschaften konkretere Vorstellungen und Erfahrungen einer Systemalternative. Die um sich greifenden Gemeinschaftslösungen bei erneuerbaren Energien sind ein Beispiel dafür. Eine '100-Prozent-Erneuerbare-Energien-Region' hat übrigens auch keine energetischen Reboundprobleme.

Die neo-fundamentalistische Wachstumskritik mag unpolitisch, häufig naiv und gelegentlich unverantwortlich sein, in einem entscheidenden Punkt ist ihr zuzustimmen: Der Kampf um überlebensfähige Verhältnisse droht verloren zu gehen, wenn wir nicht zu radikaleren Lösungen kommen.

Deutschland als Labor nachhaltiger Entwicklung

Seit dem Jahr 2000 hat gerade Deutschland eine international beachtete Alternative ausprobiert. In dieser Zeit wurde ein

Pfadwechsel in Richtung auf ein nachhaltigeres Wirtschaften vorgenommen. Wichtige absolute Entkopplungen im Klimaschutz wurden erreicht, ungeachtet der Abschaltung von Atomkraftwerken. Der Rohstoffverbrauch wurde zwischen 1994 und 2010 um 17 Prozent verringert. Der Umweltsektor boomt. Gleichzeitig wurde – im Gegensatz zu fast allen OECD-Ländern – die Arbeitslosigkeit erheblich verringert. Wenn da auch vieles unzulänglich bleibt (wie etwa die prekären Beschäftigungsverhältnisse), so ist das Ergebnis doch bemerkenswert: Die weitgehenden Veränderungen wurden mit einem Durchschnittswachstum von etwa einem Prozent erreicht. Sie erfordern also kein hohes Wachstum. Das gilt grundsätzlich auch für den Abbau der Staatsverschuldung. Und es gilt für die notwendigen Umverteilungen im Interesse sozialer Gerechtigkeit, bei denen auf das Polster zurückgegriffen werden kann, das die Umverteilung von unten nach oben in den letzten 30 Jahren geschaffen hat (Jänicke 2012).

Höheres Wachstum ist also nicht „der einzige Weg“ (Paqué 2010) zu entsprechenden Problemlösungen. Für mich ist dies die einzig wirklich neue Erkenntnis in der Wachstumsdiskussion.

Literatur

- AASA (The Association of Academies of Sciences in Asia) (2010): Towards a Sustainable Asia. Beijing.
- EU Commission (2010): Europe 2020. COM(2010)2020, 3.3.2010.
- Hey, Chr. (2012): Wege aus der Wachstumsfalle. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 35, 2/2012. S. 125–150.
- Jackson, T. (2011): Wohlstand ohne Wachstum. München, Oekom.
- Jaeger, C. C. et al. (2011): A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy. Im Internet unter: http://www.pik-potsdam.de/members/cjaeger/a_new_growth_path_for_europe_synthesis_report.pdf.
- Jänicke, M. (2012): Megatrend Umweltinnovation: Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat. München, Oekom.
- McKinsey Global Institute (2011): Resource Revolution. London et al.
- OECD (2011): Towards Green Growth. Paris.
- Ott, K. (2011): Vier Pfade ins Postwachstumszeitalter. In: Vorgänge, 3/2011. S. 54–69.
- Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. München, Oekom.
- Paqué, K.-H. (2010): Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus. München, Hanser.
- UNEP (2011): Towards a Green Economy. Pathways to sustainable and poverty eradication. <http://www.unep.org/greeneconomy> 2011.
- World Bank (2011): Golden Growth. Washington, D.C.
- World Bank (2012): Inclusive Green Growth. Washington, D.C.

■ AUTOR + KONTAKT

Prof. Dr. Martin Jänicke leitete von 1986 bis 2007 das heutige Forschungszentrum für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin. Seit 2003 ist er Mitglied im Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Jänicke ist international als Politikberater tätig.



Forschungszentrum für Umweltpolitik,
Ihnestr. 22, 14195 Berlin, Tel.: +49 30 83856687

Copyright © 2012, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).